

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörungen entbinden den Verlag von der Haftung für Vergrößerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Abzugsgesetz: Für die jenseits des Mittelmeeres wohnenden Mitglieder des Reichstages. - Abzugsgesetz im Reichstagsgesetz. - Abzugsgesetz im Reichstagsgesetz. - Abzugsgesetz im Reichstagsgesetz.

Nummer 23

Halle, 9. Juni 1928

4. Jahrgang

Vor der Kabinettsbildung

Die Sorgen, die Tagelang erhitzt bestanden, daß die vermeintliche Krise, die durch den Rücktritt eines Kabinetts immer erfolgt, lange Zeit in Unruhe nehmen wird, ist jetzt fast gemindert worden. Wir haben die begründete Hoffnung, daß man sehr rasch die Wiederrichtung der Regierung vollziehen wird. Es sind zwar noch keine offiziellen Besprechungen eingeleitet worden, doch hat eine unermüdliche Fühlungsnahme schon eingeleitet. Nachschlangelndes allerdings die Stimmung des sozialdemokratischen Parteiausschusses in Köln, die gerade jetzt stattfindet. Das dort vom linken Flügel, der sich in erster Linie auf Sachse stützt, in Generalaufruf unternehmen wird, kann man als sicher erachten, doch ist, soweit wir es zu beurteilen vermögen, die Stimmung der Mehrheit für eine Lösung im Sinne der großen Koalition unbedingt vorhanden. Die übrigen Parteien werden kaum Schwierigkeiten machen, vorausgesetzt natürlich, daß nicht von sozialdemokratischer Seite bestimmte Forderungen aufgestellt werden. Diese Forderungen sind jedoch in politischen Kreisen als nicht besonders groß erachtet. Man ist überzeugt, daß die Führer die Notwendigkeit der Stunde nicht nur erkennen, sondern auch die Absicht, die gleiche Richtung zu drängen wissen. Die Personalfragen treten dahinter zurück. Auch hier muß man noch vorsichtig sein, da erfahrungsgemäß in letzter Stunde sich Wünsche vordrängen, die dann in dem Lager der künftigen Bundesgenossen Verwirrungen erregen. Nach unseren Informationen hat jedoch die Sozialdemokratie nicht die Absicht, die wichtigsten Ministerposten für sich zu übernehmen, außer dem Reichsanwalt, der ihnen selbstverständlich zufällt. Unter allem Vorbehalt kann man heute sagen, daß wahrscheinlich Stresemann, Curtius und Groener in ihren Ämtern verbleiben und daß das Zentrum den Reichsanwalt stellt, worauf es entscheidenden Wert legt. Die Verteilung der übrigen Minister ist dagegen weniger deutlich. Eine gewisse Vereinfachung schafft das Ausschließen des Reichsarchivministers Braun, den seine angelegenen Gesundheit zwingt, sich nach Lindenbergh im Allgäu, um zu einem kleinen Besichtig hat, zurückzuziehen. Es steht also noch ein Posten offen. Ob die Linke Wert auf ihn legt, wissen wir nicht. Jedenfalls kann man sich auf die Hoffnungen hingeben, daß wir in verhältnismäßig kurzer Zeit eine neue Regierung und zwar auf der breiten Grundlage der großen Koalition besitzen werden.

Parteien und Krisenlösung

Der Reichspräsident hat bisher offiziell nur den Reichsapparatlichen Absicht empfangen, während er inoffiziell mit verschiedenen ihm bekannten Parteien in die Lage befragt hat. Es ist zwar durchaus glaubwürdig, daß die Weimarer Koalition in den Vordergrund gerückt hat. Er geht zum linken Flügel seiner Partei. Sie kommt aber nicht mehr in Frage, nachdem die Demokraten erklärt haben, daß sie diese Kombination für nicht tragbar erachten und auch das Zentrum von ihr abgerückt ist. Dagegen erfordern eine andere Neupassung eine Neidung. Wie schon oben zu sehen. Dieser hat sich etwas zweifelt. Wenn er schließlich befragen soll, daß der künftige Kanzler sich seine Mitarbeiter nach eigenem Ermessen aussuchen soll, so sind wir selbst mit ihm einverstanden, denn das würde dem Sinn und Wortlaut der Verfassung entsprechen. Dagegen muß immer wieder dringend darauf gewarnt werden, die Regierung der Meister dem Spiel der Parteien zu überlassen. Das ist nicht in der Verfassung vorgesehen und hat aber nur zu Unzufriedenheiten geführt. Der künftige Kanzler, vermutlich Hermann Müller, muß wissen, was er für einen hält und dafür die Verantwortung übernehmen, das einmal wolle er nicht das Schauspiel erleben, daß einer Fraktion darüber abgehandelt wird, was Minister werden. Der Reichstag hat es ja immer in der Hand, einen Minister zum Rücktritt zu zwingen. Dieser Weg ist jedenfalls gangbarer, als der ungeliebte, den wir vor uns oft wahren haben. Der Reichspräsident selbst scheint es zu wollen eigentlich nur den Kanzler ernennen und zwar endlich, der ihm dann die Liste seiner Mitarbeiter vorlegt, damit wir die Verantwortung ausschließlich dem Manne übertragen, der auch nach der Verfassung die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat.

Die Annäherung der Liberalen

Führende Vertreter der beiden liberalen Parteien wie Böhm-Courier, das Danziger Fremdenblatt, die Linde Zeitung haben in den letzten Tagen immer dringender den Zusammenstoß der Demokraten und der Deutschen Volkspartei verlangt. Inzwischen ist die liberale Verbindung auf den Weg getreten, die mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der politischen Lage bisher eine feste Zustimmung bewiesen hat. In ihrer letzten Sitzung wurden Dr. Weiser und Dr. Stresemann zu Ehrenmitgliedern ernannt.

Selbstverständlich ist das nicht geschehen, ohne ihre Zustimmung einzuholen. Damit ist eine Plattform geschaffen worden, auf der sich beide Parteien ungezwungen treffen können. Natürlich werden sich die Widerstände regen. Es ist in den letzten Jahren mancherlei getan worden, was Verwirrung herbeiführen mußte. Ganz leicht wird es nicht sein, darüber hinwegzukommen. Eines der größten Hemmnisse ist erst kürzlich ausgeräumt worden durch das klare Verhalten Dr. Stresemanns zur deutschen Republik. Sowohl in seiner Münchener wie in seiner Kasseler Rede. Von unserem Standpunkt aus sollen wir diese Entwicklung begrüßen, denn sie führt die Klärung in der Volkspartei herbei und wird diejenigen Elemente zur Abwanderung bewegen, die liberalen Geistes keinen Raum verspüren haben. Wenn sie den Weg zu den Deutschnationalen finden, zu denen sie ihr Herz treibt, so bleibt eine deutsche Volkspartei übrig, mit der wir unbedingt zusammengehen können. Anders ist diese Scheidung der Geister nicht zu erreichen. Die Vereinigung ist aber notwendig angeht eines Maßstabs, das sich in zweierlei Sinn ist als hinderlich erweisen hat. Wir können die großen Wahlkreise nicht mehr bearbeiten und sind dabei in der unangenehmen Lage, es überall tun zu müssen. Während Zentrum und Sozialdemokraten maßvoll haben, sind unsere über ganz Deutschland verstreut. Dadurch haben wir viele Abgeordnete verloren, die durch Stimmveränderung greifbar werden könnten. Soeben bringt das Wahlloos ein Moment der Unübersicht in jede Berechnung. Bei einem Zusammengehen verliert man über eine große Anzahl sicherer Wähler. Auch wird dadurch der Kampf gegen die Spittervereine erleichtert. Vor allem besteht aber die Hoffnung, die Nichtwähler wieder zurückzugewinnen. Der Herr Dr. Stresemann und noch zur liberalen Vereinigung ist in dem Sinne zu verstehen, daß beide die Einigung der Liberalen wollen und wir glauben nicht falsch unterrichtet zu sein, wenn wir sagen, daß auch in beiden Lagern der gleiche Wunsch besteht, nun einen Block zu bilden, um den sich das Bürgertum sammeln kann.

Der Antikriegspakt

Wir haben mit einiger Ueberlassung von der Rede des Präsidenten Coolidge Kenntnis genommen, der am Gedächtnistage der Gefallenen sich außerordentlich optimistisch über die Aussichten des von Kellogg angelegten Paktes zur Vermeidung des Krieges ausgesprochen hat. Inzwischen hat auch Brand in einer stichförmigen Äußerung zu seinen Journalisten eine gleiche Auffassung bezeugt. Sie beruht auf seiner Unterredung mit Chamberlain, der auf seiner Reise nach Genf in Paris die Gelegenheit benutzte, um den französischen Kollegen zu sprechen. Dieser dieselbe Unterhaltung ist einiges in die Öffentlichkeit gedrungen, was starke Aufmerksamkeit verdient. Danach hat der britische Außenminister Brand zugesagt, bei den Verhandlungen die Unantastbarkeit der Völkerbündlungsfragen und der Locarno-Verträge zu betonen. Damit können wir uns durchaus einverstanden erklären. In der deutschen Note ist das gleiche gesagt worden. Auch für den Zutritt der französischen Bundesgenossen, also Jugoslawien, Rumänien, Polen und der Tschechoslowakei, will sich Chamberlain einlassen. Die deutsche Note hat gleichfalls verlangt, daß der Pakt nicht auf die sechs Großmächte beschränkt bleibt, an die bisher der Entwurf gelangt ist. Nur ist dann unbedingt darauf zu bestehen, daß alle Staaten, die guten Willens sind, herangezogen werden. Was an sonstigen Vorbehalten, die Brand gemacht hat und die Chamberlain sich aneignen will, ernste Bedenken erweckt, wissen wir noch nicht. Dieser Minister in der Kunst der Verschönerung hat in seinem Notenwechsel, mit Kellogg vieles angedeutet, aber nichts offen gesagt. Jedenfalls begreifen wir es, daß der Gedanke vorwärts kommt, nur ist darauf zu achten, daß er in die Tiefe und nicht in die Breite geht. Meiner, die nicht schneiden, haben wir genug. Vorüberlich ist endlich eines, das alle kriegerischen Noten auf die einfachste Weise löst.

Die große Rede Mussolinis

Man mußte mit besonderer Spannung die Ausführungen des Duce in seinem Parlament erwarten. Nicht weil Italien eine Großmacht ist, von der alles abhängt, sondern weil Mussolini der unruhigste Politiker der Gegenwart ist. Die meisten Konflikte der letzten Jahre sind auf sein Konto zu schreiben. Seine Rede waren häufig auf den Troubadour gestimmt. Das hat sich geändert. Er ist ungewöhnlich friedfertig gewesen. Sogar für Jugoslawien fand er freundliche Worte, wobei er allerdings den mehrwärtigen Satz prägte, das es zwischen Nachbarstaaten nur Freundschaft oder Feindschaft geben kann. Die Formel ist einfach, wenn auch nicht richtig. Wir brauchen nur an unser Verhältnis zu Rußland zu erinnern, das dauernd in einem nicht gerade sehr angenehmen Gleichgewicht ruht. Trotzdem

entspricht es der Beilage, daß der Draht nach Moskau wieder zu stark wird, noch reißt. Mussolini hat ferner die Beziehungen zu Deutschland erwähnt und dabei gesagt, sie wären gut, nur müßte die öffentliche Meinung des Reiches sich weniger in innerpolitischen Angelegenheiten Italiens einmischen. Das klingt gut, der Duce verhält sich aber, daß Italien 50 Jahre hindurch genau den entgegengesetzten Standpunkt vertrat, als es sich um Österreich handelte, wenn in Triest Unruhestörungen ausgebrochen wurden, hat man in Rom sein Sprüchlein besungen, und das ist durchaus nicht immer nachprüfbar gewesen. Das Schicksal von Volksgenossen läßt niemals die Flamme verbrandete Nation gleichgültig. Das Echo verdrängt, die Marmuse aus Südtirol aufhören. Die gewalttätige Unterwerfung von 250 000 Deutschen ist eben keine reine Angelegenheit Italiens, sondern eine internationale. Ein Beispiel, daß es auch anderer Auffassung sein kann, ist seine Bemerkung über Ungarn. Er trat energisch für die Revision des Friedensvertrages von Trianon ein, der Italien fastlich nichts angeht. Eine Revision würde Jugoslawien, Rumänien und die Tschechoslowakei treffen. Das sind zufällig Bundesgenossen Frankreichs. Deshalb ist es darin großzügiger als etwa dem Vertrage von St. Germain gegenüber, der den Verlust Tirols an Italien zum Inhalt hat.

Um Poincaré

Der französische Ministerpräsident war taktisch zu geschickt. Das ist immer ein Fehler. Er hat den Posten des Arbeitsministers, der durch die Wahlüberlage Kailles frei wurde, mit Loucheur, einem Name der Linke, besetzt. Zum Ausgleich dafür gab er das Unterstaatssekretariat dem Elzévir Dufour, der zur Marcin-Gruppe gehört. Vorüber in beiden Lagern kann nicht sein. Leider ist die Lage dadurch nicht geworden. Die reichliche Scheidung zwischen links und rechts wird unabweislich. Eine Zeitung mag er noch lauern, auf die Dauer kann es ihm nicht gelingen. Auch die Autonomieverurteilung in Colmar wird Schatten. Das Kabinet hat zwar die Begründung abgelehnt, im Parlament aber wird darüber der Streit weiter gehen. Poincaré befindet sich in der unangenehmen Lage, auf den Sieg der Autonomisten bei den letzten Wahlen immer wieder gezogen zu werden. Das wichtigste aber ist die Frankennestabilisierung, die er noch hinauszuversuchen versucht, die aber von der Bank von Frankreich dringend gefordert wird. Ihr Gouverneur hat den Rücktritt angeboten und damit die Stellung Poincarés etwas erleichtert. Jedenfalls werden die nächsten Monate Arbeit bringen müssen. Die Außenpolitik wird damit nicht befreit. Die Stimmung unserer Deutschnationalen, daß die Verhältnisspolitik scheitert, ist genau so trügerisch, wie alles, was sie sonst vorbringen. Benutzt oder unbenutzt!

Richard May

Die Deutsche Bauernpartei

In der Presse ist jetzt vielfach die Rede von der Deutschen Bauernpartei, die acht Mandate bei den Wahlen erlangen hat. Kennt man das Ergebnis im einzelnen, so stellt man fest, daß der Bayerische Bauernbund in den Wahlkreisen Ober- und Niederbayern insgesamt fünf Abgeordnete durchgezogen hat. Außerdem hat er im nordbayerischen Wahlkreis Oberland Franken-Walz eine hohe Bestimmenziffer für den bisherigen Abgeordneten Reichsbaum angelernt, so daß Reichsbaum auf der Reichsliste gewählt wurde. Im ganzen hat der Bayerische Bauernbund 375 000 Stimmen erhalten. Die Listen, die in den 31 nichtbayerischen Wahlkreisen in Verbindung mit der Liste des Bayerischen Bauernbundes aufgestellt werden, haben es aber nur auf insgesamt 100 000 Stimmen gebracht. Selbstverständlich ist wieder für den Reichstag noch für den Bayerischen Landtag in irgendeinem Wahlkreis ein Abgeordneter dieser Bauernliste gewählt worden. Immerhin sind die Bestimmungen, die auf die Reichsliste des Bayerischen Bauernbundes entfallen waren, so groß, daß zu zwei weiteren Abgeordnete dort gewählt wurden, so daß man damit rechnen konnte, der Landwirt Hilbert aus Schlesien und der bisherige deutsch-volksparteiliche Abgeordnete Weßermann aus dem Magdeburger Bezirk in den Reichstag einzusetzen zu sehen. Tatsächlich aber hat Herr Febr, der spiritus rector des Bayerischen Bauernbundes und seiner norddeutschen Ausstrahlungen, einen der beiden Plätze auf der Reichsliste für sich selbst in Anspruch genommen, obgleich er in seinem angekommenen bayerischen Wahlkreis wiedergewählt wurde. Der bisherige Abgeordnete Weßermann, der sich in der Provinz Sachsen an die Bauernpartei bemühte, wird also nicht in den Reichstag eingeziehen. Die Deutsche Bauernpartei wird also aus sieben bayerischen Bauernbündlern (bisher waren es sechs) und dazu einem Vertreter der gesammelten Kleinbauerngruppen bestehen.

Evangelisch und sozial

Von Reichsminister a. D. Dr. Kütz, Mitglied des Reichstages

In seinen mehr als 30 Tagungen hat sich der evangelisch-Sozialer Kongress mit immer offener werdender Gründlichkeit der Unterleuchtung der sozialen Probleme der Zeit gewidmet. Männer wie Friedrich Nauemann, von Harnack, Baumgarten gaben allein schon die Gewähr für wertvolle Arbeit. Nicht ohne oft schweren Sieg gegen die herrschenden Meinungen der Kirche hat dieser kirchlich absichtlich nicht gebundene Kongress durchgeführt. Der Oberkirchenrat in Preußen warnte dementgegen die ständige vor Beteiligung an sozialpolitischen Aktionen, Leipzig wurde einmals die Thomaskirche dem Evangelisch-Sozialen Kongress für seinen Eröffnungsgottesdienst geschenkt, und von äußerlich hochschender Warte fiel das nicht schmerzliche Wort: „Christlich-sozial“ sei Anfang sozial tätige Pastoren seien ein Lindwurm. Wenn man die Würdigung betrachtet, die die Tätigkeit des Kongresses überall erfährt, so erscheinen uns diese Reminiscenzen als Unzulänglichkeiten einer mellenfernen Zeit.

Die in Dresden unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons stattgefundene Tagung des evangelisch-Sozialen Kongresses zeigte schon in der Zusammenkunft der Teilnehmer, mehr aber noch durch die Tage ihrer Tätigkeit, daß der Kongress eine starke Kraftstelle aller der evangelischen Kreise geworden ist, aus menschlichem, religiösem und ethischem Range heraus soziale Verantwortung empfinden und zur sozialen Tat entschlossen sind. Angesichts der kirchlichen Zerplitterung, die bei den letzten Reichstagsarbeiten auch von evangelischer Seite ausging, berührt es doppelt wohl, daß man im Evangelisch-Sozialen Kongress ein solchen Sammelplatz überparteilicher Arbeit auf evangelischer Seite erkennen kann. Ohne parteiimäßig irgendwie verpflichtet zu sein, leistet der Kongress seine Arbeit von dem Grundgedanken aus, daß soziale Verbesserung nur zu erreichen ist durch soziale Tat, die von ihrer, sozialer Bestimmung ausgeht, und daß dem Materialismus des eigenen Jäh und der eigenen Schicht der soziale Geist, das heißt der Gemeinschaftsgeist entgegenstellt werden muß.

Drei Probleme stellte der Kongress in den Vorträgen seiner Erörterungen: die Jugend und die soziale Verantwortung, die soziale Seelhilfe und die Eingliederung der Frau in das Berufsleben. Den Höhepunkt bildeten die Vorträge des preussischen Ministerialdirektors Dr. Lehner über Volksschule und soziale Betätigung des Pfarrers D. Herz über das Thema „Der soziale Arbeiter“. Beide Vorträge waren fast überreich an tiefen Gedanken und arbeiteten klar und gründlich die sozialen Unmöglichkeiten auf diesen Gebieten heraus. Das Wesen der Volksschule ist nach Kästner aber denn je die Pflanzstätte des Lebens unserer Jugend zu sein. Für Millionen von Kindern ist die Schule die einzige Kinderstube. Hieraus entspringen für den Staat und seine Tätigkeit soziale Pflichten von weitreichender Bedeutung. Bei der Formung des jungen Mannes mußte auf die Frage, „wer, wo und was ist Dein Vater?“ als selbstverständlich die Antwort erhalten: „Der Vater ist mein Nächster“, und diese Antwort alle auch die unsoziale Frage aus: „was geht mich an?“

In die Zentralfrage der evangelischen Kirche hat sich D. Herz mit seinem Vortrag „Der soziale Arbeiter“ heran und zwar in einer Weise, die selbst als bezeichnet werden muß. Sozial sein und religiös

sein ist nach D. Herz für den evangelischen Pfarrer der Gegenwart das gleiche. Der soziale Pfarrer ist bedingt durch den sozialen Menschen, aber darüber hinaus erwachsen ihm aus der Eigenart seines Amtes besondere Aufgaben: sozialer Wirklichkeitsinn, soziale Universalität und soziale Leidenschaft. Schärfe geistige D. Herz den Mangel an sozialem Wirklichkeitsinn in vielen kirchlichen Kreisen; aus ihm ergebe sich zum großen Teile die Kraftlosigkeit des kirchlichen Lebens. Aus der sozialen Universalität entspringt die Forderung der völligen Unparteilichkeit gegenüber allen Klassen und Gruppen. Einseitige Parteinarbeit hemmt die kirchliche Arbeit und schädigt die Religion. Aus sozialem Grundgefühl heraus soll der Pfarrer seinen Gemeindegliedern ein Freudensbringer werden und seine Gemeinde zum lebendigen Organismus einer Gemeinschaft aufbauen. Die Kirche wird dann nicht nur ein äußerlich formales Band für ihre Glieder sein, sondern innerlich Menschen aller Klassen und Stände umfassen.

Es ist überaus verdienstvoll vom Evangelisch-Sozialen Kongress, daß soziale Gewissen der Kirche in dieser Weise zu stärken, denn gerade die Kirche ist, wie auch der vorjährige Kirchentag in Königsberg klar erkannt hat, erhaben über alle Parteien und muß allen ihren Gliedern, gleichviel welcher Schicht sie angehören, in gleicher Weise dienen. Je mehr im politischen Leben die Sozialpolitik zum Gegenstand eines sich überbietenden Parteigegensatzes wird, um so wertvoller wird die Tätigkeit der Stellen, die soziale Tat leisten, nicht um des erhofften Dankes oder Lohnes willen, sondern als sittliche Pflicht und aus dem Drange, helfen zu wollen.

Die deutsche Landwirtschaft am Wendepunkt

Die Demonstrationen der landwirtschaftlichen Bevölkerung dürfen nicht mit der Bemerkung abgetan werden, es handle sich nur um Aufhebung aus Landbunndkreisen. Der Landbund bedeutet sich sehr geschickt der Vor landwirtschaftlicher Kreise, um den Deutschnationalen neuen Auftrieb zu geben, aber die Ursachen liegen schon tiefer. Es gärt in der deutschen Bauernschaft. Sie kämpft wirtschaftlich um die Ertrags- und sucht neue Orientierung in öffentlicher Beziehung. Wohin sie sich entwickeln werden wird in ihrer Mehrheit, ist durchaus noch nicht klar. Die Entwicklung scheint dahin zu drängen, sich völlig unabhängig vom Landbunde eine eigene rein wirtschaftlich orientierte Bauernorganisation zu schaffen, die die gegenwärtige Staatsform anerkennt, die sich aber am politischen Tageskampf unmittelbar nicht beteiligt. Andererseits muß sie wünschen, Mitglieder ihrer Organisation an entscheidender Stelle bei in der Frage kommenden Parteien der Mitte zu sehen.

Diese Entwicklung in der deutschen Bauernschaft hat in erster Linie wirtschaftliche Hintergründe. Die letzten Erhebungen über die Lage der Landwirtschaft anlässlich der Hofstaatsaktionen haben sehr ernst zu nehmende Verhältnisse aufgedeckt. Der landwirtschaftliche Großgrundbesitz (einschließlich Großpächter) ist stark verschuldet und überfremdet. Die Zeit des trägen Familienbesitzes, der Fideikommiss und des gebundenen Besitzes ist endgültig vorbei. Nach allen Erfahrungen wird der Großbetrieb nur zum geringen Teil diese Umstellung auf den rein

kapitalistisch zu führenden Betrieb durch seine heutigen Besitzer durchführen können. Bei den bäuerlichen Betrieben ist die Sachlage zu unheimlich ungünstig anders. Sie sind weit geringer verschuldet, aber auch hier liegt Anlaß zu Besorgnissen vor. Die bäuerlichen Betriebe sind nur aus dem Grunde heute noch nicht übermäßig verschuldet, weil ihre Besitzer ihrer geliebten Abneigung gegen willkürliches Schuldenmachen gefolgt sind.

Von den Schwierigkeiten, mit denen die bäuerlichen Betriebe heute zu kämpfen haben, seien nur einige hervorgehoben:

1. Der Mangel an geeigneten Arbeitskräften. Seit langer Zeit zahlen die bäuerlichen Betriebe in ihrer Mehrheit höhere Löhne als die Großbetriebe. Die Bauern arbeiten durchweg selbst mit und stellen an ihr Personal die üblichen Anforderungen an sich selbst. Diese schwere körperliche Arbeit zu leisten, haben die ländlichen Arbeitskräfte bei der relativ geringen Entlohnung auf die Dauer keine Lust. Die Abwanderung ländlicher Arbeitskräfte aus den Bauernhöfen in die Stadt ist mindestens ebenso stark wie von den Glanzen. In einem ländlichen Kreis Mecklenburgs wurde festgestellt, daß in den Jahren 1926 und 1927 je 1,4 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeiter abgewandert waren. Diese Ziffer ist inzwischen gestiegen, was die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung erheblich bedingt. Es muß zum Zusammenbruch der ländlichen Arbeiterorganisationen kommen, wenn z. B. Bauhandwerker und Bauarbeiter, die auf dem Lande wohnen, regelmäßig während der Wintermonate z. T. mit der Berufsunterstützung täglich 7-8 Mark Unterstützung erhalten, während die dauernd in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Arbeiter täglich allerhöchstens 13-15 Mark bei schwerer Arbeit verdienen können.

2. Die Schwankungen der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Es ist auf die Dauer nicht erträglich, wenn die Preise für tierische Erzeugnisse unter dem Herstellerpreis liegen. Aber auch die Schwankungen machen irgendeine Kalkulation unmöglich, Schwankungen, die oft nicht durch die Produktionsbedingungen und den Konsum bedingt sind.

3. Die Kreditverhältnisse. Die bäuerliche Landwirtschaft kann Zinsen, die zwischen 8 und 13 v. H. liegen, niemals herauswirtschaften. Langfristiger, billiger Kredit kann hier nur helfen.

4. Die Anzahl der Steuern. Die Zurückführung auf eine einzige Steuer vom Grund und Boden ist erforderlich, wie sie von der Demokratischen Partei erstritten wird.

Dies sind nur einige der wichtigsten akuten Fragen. Es ist kein Zweifel: Wir stehen an einem Wendepunkt der deutschen Landwirtschaft. Die Bauern sind in Gefahr, in das Proletariat hinabzufinken. Die Großlandwirtschaft wird sich nicht anpassend in heutigen Umfang halten können. Die politische und wirtschaftliche Führung der Landwirtschaft entgleitet ihren Händen. Es geht nicht mehr, sich als Großgrundbesitzer ohne Sorge um die wirtschaftliche Ertrags- und der Politik zu widmen. Eine Besitzumschichtung beginnt bereits nicht nur zum besseren Wirt. Mehrere werden mehr und mehr große Güter von Industriellen als Luxusgüter aufgekauft. Auch die Staatsdomänen beginnen ihre Pächter in größerem Maßstabe zu wechseln, als es im Allgemeininteresse gut ist. In der bäuerlichen Landwirtschaft dagegen geht die Besitzumschichtung bisher in ganz bescheidenem Rahmen vor sich, weil der Bauer in seinem Betriebe in erster Linie seine Arbeitsstelle findet.

Aktenstempel und Schreibmaschine

Vom neuen Geist in der Rechtspflege

Bis vor kurzem gab es tatsächlich noch Aktenstempel, veraltete Verfahrensweise hatten die Aufgabe, den Mangel an Akten in die Wohnung zu bringen. Jetzt sind die Aktenstempel verdrängt durch Akten, die schneller und leichter arbeiten. Das ist ein äußeres Zeichen, daß in der Tat, auf die Dauer auch der neue Geist nicht von der Erde fern kann. Das Preussische Justizministerium hat ein Verordnungsblatt erscheinen lassen, aber das, was geschrieben ist, ist noch keine Justizreform, es sind schließlich nur die einer Justizverwaltungsreform. Wir wollen mit dem neuen Geist nicht zufrieden sein. Aber es muß anerkannt werden, daß der gute Wille vorhanden ist.

Aus diesem Geist seien Tatsachen und Neuheiten über führender Parteien wiedergegeben. Der gegenwärtige Justizsekretär Höflicher im Preussischen Justizministerium schreibt u. a.: „Dem Preussischen Justizministerium wurden im Jahre 1913: 126 342, 1926: 226 471 Eingänge. Mit der Zahl der Geschäfte, welche im Jahre 1913 von den Justizstellen erledigt waren, hat seitdem erheblich zugenommen, es sind auch ganz neue Aufgaben zu denjenigen aufgenommen, mit welchen die Justiz im Jahre 1913 beauftragt war. Das Recht ist ein lebendiger Organismus in steter Entwicklung immer mehr vereint. Wenn Ereignisse sich überfließen und die wirtschaftlichen Verhältnisse sich von Grund aus ändern, dann müssen neue Gesetze und neue Rechtsvorschriften anpassbar. Dann entstehen ganz neue Staatsaufgaben, mit deren Lösung die Justiz in erheblichem Umfang beauftragt worden ist. Hier steht nicht an die Kriegsgesetze, den Miet- und Pachtgesetz, die Umverteilung, das Arbeitsrecht und die Arbeitsgerichtsrecht erinnert zu werden.“

Aber die Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte über weitere Reformen schreibt der gleiche leitende Beamte des Preussischen Justizministeriums: „Vor dem Kriege war die vermögensrechtliche Anwartschaft, deren Gegenstand ein Geld oder Geldwert 600 Mark nicht übersteigt, lediglich. Heute bildet der Betrag von 500 Reichsmark Grenze zwischen der Zuständigkeit des Amtsgerichtes und des Landgerichtes. Treite an die Stelle der 500 RM Betrag von 800 RM, so würden 14,5 Prozent der

Verurteilungen der Oberlandesgerichte an die Landgerichte überführt. Die Landgerichte würden unter Berücksichtigung des für sie entstehenden Zuwachses noch eine Abnahme von 22 Prozent aller Zivilprozessen erfahren. Eine entsprechende Verringerung der Zuständigkeit würde die Kosten der Justiz erheblich mindern, weil die persönlichen und sächlichen Kosten eines Oberlandesgerichts größer sind als die eines Landgerichtes, und weil die des Landgerichtes wiederum größer sind als die des Amtsgerichtes. Die Verringerung ließe sich aber auch wohl vertreten, weil die Kostentraft des Geldes gestunken ist.

Es erscheint ferner angängig, die Zivilkammern der Landgerichte bei vermögensrechtlichen Ansprüchen erster Instanz, die einen bestimmten Wert, vielleicht 4000 RM, nicht übersteigen, durch den Einzelrichter zu ersetzen, ihm also nicht nur die Vorbereitung, sondern auch die Entscheidung des Rechtskreises zu übertragen. Diese Verringerung kann jedoch nur dann empfohlen werden, wenn die Sicherheit besteht, daß nur gut qualifizierten Richtern diese Tätigkeiten übertragen, und wenn durch Heraushebung dieser Stellen für die Richter ein Anreiz geschaffen wird, die Tätigkeit des Einzelrichters zu erlernen und zu beherrschen.

Bei Wechseltätigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche ist die Verringerung nur zulässig, wenn der Wert des Vermögensgegenstandes 50 RM übersteigt. Diese Summe wird auf etwa 100 RM erhöht werden können, nachdem das Arbeitsgerichtsgesetz die Berufungssumme auf 300 RM festgelegt hat.

Kleinere Gerichtsinstanzen werden fortgesetzt aufgehoben; größere Strafanstalten werden frei, weil die Durchschnittsbelegung von mehr als 70 000 Gefangenen im Jahre 1923 auf jetzt etwa 35 000 gesunken ist. Wenn nun die vielbeschriebene Zusammenlegung von Strafbehörden in Angriff genommen werden wird, wird auch zu prüfen sein, ob man einzelne Amtsgerichte, insbesondere nicht voll besetzte, da aufheben kann, wo infolge verbesserter Verkehrsverhältnisse den Rechtsjuden unbillige Erschwernisse nicht entstehen.

Dagegen wird gegenüber Befürwortungen, welche den Rechtsanspruch bei geringem Gehalt schlechthin verfallen lassen, Vorbehalt geboten sein. Solche Maßnahmen droffen zwar die Gerechtigkeit ab, sind aber mit den Pflichten des Rechtsstaates kaum vereinbar. Die Summe, die dem einen geringfügig erhebt, ist dem anderen erheblich. Ein Wechseltät

über einen niedrigen Betrag ist oft genug für die Beteiligten von prinzipieller Bedeutung.“

Beachtung verdient auch, was der Kammergerichtspräsident Tagas über die Reformen im Kammergerichtsbezirk mitteilt: „Daher auch größere Geldausgaben ersparend wirken können, hat die Justizverwaltung durch Anschaffung vieler praktischer Maschinen und sonstiger technischer Einrichtungen in den letzten Jahren bewiesen. Zu Berlin sind über 16 eigene Fernschreib-Einrichtungen geschaffen, von denen im Jahre 1923 nur zwei vorhanden waren. Die Zahl der Fernschreiber und Fernschreibmaschinen im Bezirk betrug 1923 410, heute 1828. Zwar ist noch nicht erledigt, daß für jeden Richter ein Fernschreibapparat auf dem Schreibtisch steht, aber es muß anerkannt werden, daß alles geschehen ist, was billigerweise zu fordern war.“

Die Zahl der Schreibmaschinen im Kammergerichtsbezirk betrug im Jahre 1922 noch 583; je ist im Jahre 1924 auf 710 und heute auf 1641 gestiegen, darunter auch solche mit elektrischem Antrieb und geräuschlos schreibende Maschinen. Daneben sind bei den höheren Stellenbehörden zahlreiche Schreibungs- und Rechenmaschinen aller führenden Systeme mit und ohne elektrischen Antrieb im Gebrauch. Die Gerichtsstellen sind dadurch in die Lage gesetzt, die Kopierbedingungen innerhalb 24 Stunden zu registrieren und gleichzeitig den Betriebesetzell zu beschleunigen.

Nicht überall haben sich die Beamten zunächst mit den Organisationsarbeiten befassen können. Manchem Richter mußte mit sanfter Gewalt der Fernprezessor auf den Tisch gestellt werden. Was schwerer waren andere Richter zu bewegen, sich des Mittels in die Schreibmaschine oder in den Fernschreiber bei Wechseltätigkeiten und zur Fertigung von Urteilen zu bedienen. Aber die neue Zeit fordert auch hier eine Abkehr vom Alten. Das Bild des langsam arbeitenden Sandstuhlers, dem der Richter Wort für Wort in die Feder diktiert, während das Publikum in Massen geduldig auf die Entscheidung seiner Sache wartet, daß nicht in die heutige schnell arbeitende Zeit. Daher ist die Zahl der verfallenen Schreibkräfte von 20 im Jahre 1924 auf rund 900 im Jahre 1928 vermehrt. Es ist fast überall erfindbar, daß jeder Richter während der Dienststunden stets auf Wunsch sofort eine Schreibkraft zur Entgegennahme von Urteilen in die Maschine oder in die Fernschreiber gestellt erhält. Bis vor einigen Jahren dieser Wunsch zuerst schärfen erhoben wurde, galt er als Phantasie eines Urteils.“

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Abonnementpreis: Für die jüngste Postzeit
Mitteldeutschland 10 Mark, - Ausland
in Reichsmark 12 Mark, - Ausland
nahme durch den Verlag des „Politischen
Wegweiser“, Halle (Saale), Gr. Brauhaus-
straße 30.

Nummer 23

Halle, 9. Juni 1928

4. Jahrgang

Vor der Kabinettsbildung

Die Sorgen, die Tagelang ernsthaft bestanden, daß die räumliche Arie, die durch den Austritt eines Kabinetts immer erfolgt, lange Zeit im Anpruch nehmen wird, ist jetzt fast gemindert worden. Wir haben die begründete Hoffnung, daß man sehr bald die Neuordnung der Regierung vollziehen wird. Es sind zwar noch keine offiziellen Besprechungen eingeleitet worden, doch hat eine unendliche Fühlungnahme schon eingeleitet. Was für eine offizielle Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Köln, die gerade jetzt stattfindet. Das dort von linken Kräfte, der sich in erster Linie auf Zacherl hinstützt, ein Veranlassung unternehmen wird, kann man als sicher betrachten, doch ist, soweit wir es zu beurteilen vermögen, die Stimmung der Mehrheit für eine Lösung im Sinne der gegen die Koalition unbedingt vorhanden. Die übrigen Parteien werden kaum Schwierigkeiten machen, vorausgesetzt natürlich, daß nicht von sozialdemokratischer Seite weitgehende Forderungen aufgestellt werden. Diese Forderungen sind jedoch in politischen Kreisen als nicht besonders groß anzusehen. Man ist überzeugt, daß die Führer die Notwendigkeiten der Stunde nicht nur erkennen, sondern auch die Partei selbst in die gleiche Richtung zu drängen wissen. Die Personalfragen treten dahinter zurück. Auch hier muß man noch vorsichtig sein, da erfahrungsgemäß in letzter Stunde sich Wünsche vordrängen, die dann in dem Lager der übrigen Bundesgenossen Verwirrungen erregen. Nach den Informationen hat jedoch die Sozialdemokratie die Absicht, die wichtigsten Ministerposten für sich zu reservieren, außer dem Reichsanwalt, der ihnen selbstverständlich zufällt. Unter allem Vorbehalt kann man heute sagen, daß wahrscheinlich Stresemann, Curtius und Groener in ihren Ämtern verbleiben und daß das Zentrum den Reichsanwalt stellt, worauf es entscheidenden Wert legt. Die Verteilung der übrigen Minister ist daneben weniger feststehend. Eine gewisse Vereinfachung schafft das Ausgehen des Reichsarbeitsministers Braun, den seine eigene Gesundheit zwingt, sich nach Lindenbergh im Allgäu, um ein kleines Verbleiben hat, zurückzuziehen. Es steht also noch ein Posten offen. Ob die Linke Wert auf ihn legen wollen wird nicht. Jedenfalls kann man sich auf dem hingehen, daß wir in verhältnismäßig kurzer Zeit eine neue Regierung und zwar auf der breiten Grundlage der gegen die Koalition besitzen werden.

Parteien und Krisenlösung

Der Reichspräsident hat bisher offiziell nur den Reichsministerpräsidenten abzufragen, während er inoffiziell mit mehreren ihm bekannten Parteien in die Lage berufen hat. Es hängt durchaus glaubwürdig, daß die Seimarer Koalition in den Vordergrund gerückt hat. Er hat sich zum linken Flügel seiner Partei. Sie kommt aber nicht mehr in Frage, nachdem die Demokraten erklärt haben, daß sie diese Kombination für nicht tragbar erachten. Auch das Zentrum von ihr abgerückt ist. Dagegen erfordern andere Neuerung eine Wiedigung. Was ist schon von Lindenbergh vor dem Kaiserhof. Was ist schon zu geben. Dieser hat sich etwas zweifelhafte. Wenn er sich fragen soll, daß der künftige Kanzler sich seine Rechte nach eigenem Ermessen ausdehnen soll, so sind etwas mit ihm einverstanden, denn das würde dem Reichspräsidenten die Möglichkeit eröffnen, die Parteien immer wieder dringend davor gewarnt werden, die Lösung der Minister dem Spiel der Parteien zu überlassen. Das ist nicht in der Verfassung vorgesehen und hat nur zu Unzufriedenheiten geführt. Der künftige Kanzler-ermittlung Hermann Müller, muß wissen, was er für sich hält und dafür die Verantwortung übernehmen, einmal wollen wir nicht das Schauspiel erleben, daß eine Fraktion darüber abgestimmt wird, was Minister der Reichstag hat es ja immer in der Hand, einen Minister zum Austritt zu zwingen. Diese Weg ist in jedem Fall gangbar, als der umgekehrte, den wir viel zu oft erleben haben. Der Reichspräsident selbst scheint aus dem eigentlichen nur den Kanzler ernennen und zwar endlich der ihm dann die Liste seiner Mitarbeiter vorlegt, wird die Verantwortung ausschließlich dem Monarchen geben, der auch nach der Verfassung die Minister er- und zu ernennen hat.

Die Annäherung der Liberalen

Führende Köpfe der beiden liberalen Parteien wie Böhm in Couriers, das Hamburger Fremdenblatt, die Zeitung haben in den letzten Tagen immer dringender den Zusammenstoß der Demokraten und der Deutschen Volkspartei verlangt. Inzwischen ist die liberale Partei auf den Plan getreten, die mit Mühe auf die Unterstützung der politischen Lage bisher eine feste Grundlage gefunden hat. In ihrer letzten Sitzung wurden Böhm und Dr. Stresemann zu Ehrenvorsitzenden er-

nannt. Selbstverständlich ist das nicht gesehen, ohne ihre Zustimmung einzuholen. Damit ist eine Plattform geschaffen worden, auf der sich beide Parteien ungezwungen treffen können. Natürlich werden sich die Widerstände regen. Es ist in den letzten Jahren mancherlei getan worden, was Verwirrung hervorgerufen hätte. Ganz leicht wird es nicht sein, darüber hinwegzukommen. Eines der größten Hemmnisse ist erst kürzlich ausgeräumt worden durch das klare Votum des Dr. Stresemanns zur deutschen Republik. Sowohl in seiner Münchener wie in seiner Kasseler Rede. Von unserem Standpunkt aus sollen wir diese Entwicklung begrüßen, denn sie führt die Klärung in der Volkspartei herbei und wird diejenigen Elemente zur Abwanderung bewegen, die liberalen Geistes keinen Raum verlipst haben. Wenn sie den Weg zu den Deutschnationalen finden, zu denen sie ihr Herz treibt, so bleibt eine deutsche Volkspartei übrig, mit der wir unbedingt zusammengehen können. Anders ist diese Scheidung der Geister nicht zu erreichen. Die Vereinigung ist aber notwendig angesichts eines Wahlsystems, das sich in zweierlei Hinsicht als hinderlich erweisen hat. Wir können die großen Wahlkreise nicht mehr bearbeiten und sind dabei in der unangenehmen Lage, es überall tun zu müssen. Während Zentrum und Sozialdemokraten maßvoll haben, sind unsere über ganz Deutschland verstreut. Dadurch haben wir viele Abgeordnete verloren, die durch Abstimmung gerechtfertigt werden könnten. Sodann bringt das Wahlsystem ein Moment der Unübersicht in jede Berechnung. Bei einem Zusammengehen verliert man über eine große Anzahl seiner Kräfte. Auch wird dadurch der Kampf gegen die Spitzentruppen erleichtert. Vor allem besteht aber die Hoffnung, die Nichtwähler wieder zurückzugewinnen. Der Herr Dr. Stresemann und Kochs zur liberalen Vereinigung ist in dem Sinne zu verstehen, daß beide die Einigung der Liberalen wollen und wir glauben nicht falsch unterrichtet zu sein, wenn wir sagen, daß auch in beiden Lagern der gleiche Wunsch besteht, nun einen Block zu bilden, um den sich das Bürgerturn sammeln kann.

Der Antikriegspakt

Wir haben mit einiger Ueberlassung von der Rede des Präsidenten Coolidge Kenntnis genommen, der am Gedächtnistage der Gefallenen sich ausdrücklich optimistisch über die Aussichten des von Kellogg angelegten Pakt zur Vermeidung des Krieges ausgesprochen hat. Inzwischen hat auch Briand in einer schriftlichen Mitteilung zu seinen Journalisten eine gleiche Auffassung bezeugt. Sie beruht auf seiner Unterredung mit Chamberlain, der auf seiner Reise nach Genf in Paris die Gelegenheit benutzte, um den französischen Kollegen zu sprechen. Ueber diese Unterhaltung ist einiges in der Öffentlichkeit gedrungen, was starke Aufmerksamkeit verdient. Danach hat der britische Außenminister Briand zugelegt, bei den Verhandlungen die Unantastbarkeit der Völkerverträge und der Völkerverträge zu betonen. Damit können wir uns durchaus einverstanden erklären. In der deutschen Note ist daselbe gesagt worden. Auch für den Zutritt der französischen Bundesgenossen, also Jugoslawien, Rumänien, Polen und der Tschechoslowakei will sich Chamberlain einlassen. Die deutsche Note hat gleichfalls verlangt, daß der Pakt nicht auf die sechs Großmächte beschränkt bleibt, an die bisher der Entwurf gelangt ist. Nur ist dann unbedingt darauf zu bestehen, daß alle Staaten, die guten Willens sind, herangezogen werden. Was an sonstigen Vorbehalten, die Briand gemacht hat und die Chamberlain sich aneignen will, ernst Bedenken erweckt, wissen wir noch nicht. Dieser Minister in der Kunst der Verschleiierung hat in seinem Notenwechsel mit Kellogg vieles angeleitet, aber nichts offen gesagt. Jedenfalls begreifen wir es, daß der Gedanke vorwärts kommt, nur ist darauf zu achten, daß er in die Tiefe und nicht in die Breite geht. Messer, die nicht schneiden, haben wir genug. Erstreckt sich endlich etwas, das alle kriegerischen Noten auf die einfachste Weise löst.

Die große Rede Mussolinis

Man mußte mit besonderer Spannung die Ausführungen des Duce in seinem Parlament erwarten. Nicht weil Italien eine Großmacht ist, von der alles abhängt, sondern weil Mussolinis der unruhigste Politiker der Gegenwart ist. Die meisten Konflikte der letzten Jahre sind auf sein Konto zu schreiben. Seine Reden waren häufig auf den Troubadourhaftig gestimmt. Das hat sich geändert. Er ist ungeheimlich friedfertig geworden. Sogar für Jugoslawien fand er freundliche Worte, wobei er allerdings den mehrwöchigen Satz prägte, daß es zwischen Nachbarstaaten nur Freundschaft oder Feindschaft geben kann. Die Formel ist einfach, wenn auch nicht richtig. Wir brauchen nur an unser Verhältnis zu Rußland zu erinnern, das dauernd in einem nicht gerade sehr angenehmen Gleichgewicht ruht. Trotzdem

entspricht es der Weltlage, daß der Draht nach Moskau wieder zu stark wird, noch reißt. Mussolini hat ferner die Beziehungen zu Deutschland erwärmt und dabei gesagt, sie wären gut, nur müßte die öffentliche Meinung des Reiches sich weniger in interpolitischen Angelegenheiten Italiens einmischen. Das klingt gut, der Duce verzagt aber, daß Italien 50 Jahre hindurch genau den entgegengesetzten Standpunkt vertrat, als es sich um Österreich handelte, wenn in Triest Unversittlichigkeiten aufgeföhrt wurden, hat man in Rom sein Sprüchlein bezeugt, und das ist durchaus nicht immer nachbarlich gewesen. Das Schicksal von Volksgenossen läßt niemals die Kammeresverhandlungen Nation gleichgültig. Das Echo verdrückt, wenn die Marzuffe aus Südtrio aufhören. Die gewalttätige Italianisierung von 250 000 Deutschen ist eben keine reine Angelegenheit Italiens, sondern eine internationale. Ein Beispiel, daß es auch anderer Auffassung sein kann, ist seine Bemerkung über Ungarn. Er trat energisch für die Revision des Friedensvertrages von Trianon ein, der Italien sachlich nichts angeht. Eine Revision würde Jugoslawien, Rumänien und die Tschechoslowakei treffen. Das sind zufällig Bundesgenossen Frankreichs. Deshalb ist es darin großzügiger als etwa dem Vertrage von St. Germain gegenüber, der den Verlust Triols an Italien zum Inhalt hat.

Um Poincaré

Der französische Ministerpräsident war tatsächlich geschickt. Das ist immer ein Fehler. Er hat den Vollen des Arbeitsministers, der durch die Wahlüberlage Fallières frei wurde, mit Voucheur, einem Mann der Linken, besetzt. Zum Ausgleich dafür gab er das Unterrichtsministerium dem Grafen D'Ordré, der zur Marzuffe gehört. Außerdem in beiden Lagern Arm erhielt. Welche ist die Lage dadurch nicht geworden. Die reinische Scheidung zwischen links und rechts wird unausheillich. Eine Zeitung mag er noch lavieren, auf die Dauer kann es ihm nicht gelingen. Auch die Automobilenverteilung in Colmar wird schaden. Das Kabinet hat zwar die Verhandlung abgelehnt, im Parlament aber wird darüber der Streit weiter gehen. Poincaré hat die Verantwortung übernommen, auf den Sieg der Sozialdemokraten zu setzen, immer wieder der geistlichen Kräfte, die aber nicht wird. Ihr damit die Stellung weihen. Die Anzeigen unserer Arbeit, die Scheitern, vorbringen.

Der Deutsche Reichspräsident hat die Wahlkreise in den Wahlkreisen, so stelle man die Wahlkreise abgeordnete bayerischen Bestimmungen aufgeben. Die Wahlkreise wurden gewährt und 375 000 nichtbayerische Kreise des Vageren haben es aber nicht möglich gemacht. Selbstverständlich ist weder für den Reichstag noch für den Preussischen Landtag in irgendeinem Wahlkreise ein Abgeordneter wieder Wiedereingewählt worden. Zimmerlin sind die Bestimmungen, die auf die Reichstags des Bayerischen Bauernbundes entfallen waren, so groß, daß sie weitere Abgeordnete dort gewährt wurden, so daß man damit rechnen konnte, den Landwirt Hilkehand aus Schöffen und dem bisherigen deutsch-völkerverträglichen Abgeordneten Weßermann aus dem Magdeburger Bezirk in den Reichstag einzusetzen zu sehen. Tatsächlich aber hat Herr Febr, der spiritus rector des Bayerischen Bauernbundes und seiner norddeutschen Ausstrahlungen, einen der beiden Kräfte auf der Reichstagsliste für sich selbst in Anspruch genommen, obgleich er in seinem angekommenen bayerischen Wahlkreise wiedergewählt wurde. Der bisherige Abgeordnete Weßermann, der sich in der Provinz Sachsen um die Bauernpartei bemüht, wird also nicht in den Reichstag einzusetzen. Die Deutsche Bauernpartei wird also aus sieben bayerischen Bauernabgeordneten (bisher waren es sechs) und dazu einem Vertreter der gesamten Kleinbauerngruppen bestehen.